

Das der Militaircommission vorgelegte neue Material, welches schon in der gefragten Correspondenz unter Berliner SS-Mitarbeiter erwähnt wurde, bestätigt, der "Freie. Zeitung" folge in 11 Uebersichten, die dasjenige Material zur Militairvorlage enthalten, das jenseitig bei Militairvorlagen nach der Einbringung geliefert zu werden pflegt. Es handelt sich dabei um die ältere Spezialisierung der Verwendung der Herrenkärtchen und um die Spezialisierung der Kosten. Dazu sind, wie gewöhnlich, vergleichende Uebersichten mit anderen europäischen Staaten mitgetheilt, nach Verhältnis der Bevölkerung, der Gattungen und des Schlußwandes. Einige Blätter sind mit der Bitte um Geheimhaltung versehen.

Zur Nachricht, daß von dem Kriegsminister eine ehrenamtliche Unterredung gegen den Oberstleutnant A. D. Kübler eingeleitet sei, bemerkte die "Freie. Zeitg.", daß die Meldung in dieser Form gänzlich irrtig sei. Nicht von Seiten des Kriegsministers sei ein Verfahren gegen Oberstleutnant Kübler eingeleitet, sondern dieser habe nach Beendigung des Prozesses selbst ein ehrenamtliches Verfahren gegen sich beantragt. Bis jetzt sei jedoch in dieser Sache nichts erfolgt.

Nach einem Bericht S. M. Kreuzer "Fazit", welcher sich am 24. d. W. nach Würzburg beziehen hatte, sind die wegen angeblicher Waffensicherung an den König von Sachsen, die nach Ausbruch der Feindseligkeiten stattgefunden haben sollen, in Untersuchung gegegen den Kronprinzen wieder freigelassen und ihnen das inzwischen unter Siegel gelegte Eigentum wieder zurückgegeben worden. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Beteiligt an derselben sind Herr Schramm von der Firma Goetze, Herr Busch von der Firma Weidner & Brüder (beide Firmen in Hamburg) und der Schweizer Staatsangehörige Herr Beck.

Das Regierungsgericht zu der Meldung, daß der Regierungspräsident Roth in Gefäß vor Behandlung der durch den Tod Karlsbad's erledigte Sache des Justizsekretärs im Ministerium für die Landwirtschaft, Domänen und Forsten auseinander sei, wird von unserer Seite angegeben, Herr Roth werde vom 1. Januar an die Leitung der zweiten Abteilung des Reichskanzels des Innern übernehmen. Der Justizsekretär Dr. von Rottenburg vom Reichskanzler des Innern ist seit Monaten ernannt; er ist zugleich Director der zweiten Abteilung des Reichskanzels, die die gesetzlichen Angelegenheiten, die Kanzlei, Justiz, Justizdienst und Justizsicherung, das gesetzliche urtheile Verhandlungen, die Verhandlungen und das Rechtsschutz beaufsichtigt. Die Bezeichnung Rottenburg in seiner Eigenschaft als Justizsekretär soll auch in Zukunft der Director Amtsberatung der ersten Abteilung dienen, für die Vertretung als Director der zweiten Abteilung dienen soll Herr Roth unterschrieben sein.

Nach Mittheilungen, welche der "F. Z." angeben, hat sich die Börse Enquête-Commission, die sich am 2. November bis Anfang d. J. vertrage, auch mit dem Wallerwesen beschäftigt, insbesondere mit den Fragen, ob für die Herstellung der der der Herstellung der Courte mitwirkende Waller oder der Belehrung an den Geschäftsmännern zu jagen und deshalb auf strengere Belehrung des Verbands von Handelsgeschäften für eigene Bedeutung (Handelsgesetz Art. 69 R. 1) zu halten sei, ob namentlich mit Erfolg dem Initiativ der sogenannten Sparassen, daß der Waller die Wohlten der Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Die Stellung der Polen zum preußischen Staate in jener Hinsicht gründet. Wenn ferner die höheren Beamten in ihrem Verhalten den Polen gegenüber sich gründeten, so liebten die kleinen Beamten doch noch immer, den Polen gegenüber den Ton aus den Seiten des "Culturkampfes" anzuschlagen. Es sei das Recht der Polen, daß sie ein Volk wären mit eigener Geschichte und Sprache, und daß sie innerhalb der preußischen Monarchie ihre Sitten, ihre Sprache und ihren Glauben bewahren könnten. — Das gezeigt Selbstbewußtsein, welches für den "Rückblick" des "Dienst. Vorsatz" charakteristisch ist, darf der neue Kurs mit einem Gewissen auf sein Conto schreiben. Er darf dafür die Genehmigung, zu haben, daß die erwähnten "Rückblätter" in allen Säcken der polnischen Bevölkerung vorliegen dürfen. Freilich ist die Tauglichkeit einer eigenständlichen Art. Deswegen Polen, die der neue Kurs zu einer „einer jeden Einsicht gründerten“ Stellung zum preußischen Staate“ vertragen hat, müssen sich immer noch „als Bürger zweiter Classe“. Dabei wird es wohl so lange sein Gewissen bilden, bis sämtliche politischen Forderungen und Ansprüche ohne Ausnahme erfüllt sind, und dann läßt sich der neue Kurs der aller Gerechtigkeit zur Rücknahme seine Rechnung versöhnen.

* Wiegeln, 28. December. (Telegogramm). Als Generalrat für die Reichsstaatsschule wurde Ingenuer Karl Paesch vom deutsch-socialistischen Comité einstimmig aufgestellt. Paesch nahm die Laudatio an.

5 Magdeburg, 28. December. Gegen den liberaldemokratischen Abgeordneten Dr. von Dassel war wegen einer Äußerung, die nach Ausbruch der Feindseligkeiten stattgefunden haben sollte, in Untersuchung gegegen den Kronprinzen wieder freigelassen und ihnen das inzwischen unter Siegel gelegte Eigentum wieder zurückgegeben worden. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Beteiligt an derselben sind Herr Schramm von der Firma Goetze, Herr Busch von der Firma Weidner & Brüder (beide Firmen in Hamburg) und der Schweizer Staatsangehörige Herr Beck.

Das Regierungsgericht zu der Meldung, daß der Regierungspräsident Roth in Gefäß vor Behandlung der durch den Tod Karlsbad's erledigte Sache des Justizsekretärs im Ministerium für die Landwirtschaft, Domänen und Forsten auseinander sei, wird von unserer Seite angegeben, Herr Roth werde vom 1. Januar an die Leitung der zweiten Abteilung des Reichskanzels des Innern übernehmen. Der Justizsekretär Dr. von Rottenburg vom Reichskanzler des Innern ist seit Monaten ernannt; er ist zugleich Director der zweiten Abteilung des Reichskanzels, die die gesetzlichen Angelegenheiten, die Kanzlei, Justiz, Justizdienst und Justizsicherung, das gesetzliche urtheile Verhandlungen, die Verhandlungen und das Rechtsschutz beaufsichtigt. Die Bezeichnung Rottenburg in seiner Eigenschaft als Justizsekretär soll auch in Zukunft der Director Amtsberatung der ersten Abteilung dienen, für die Vertretung als Director der zweiten Abteilung dienen soll Herr Roth unterschrieben sein.

Nach Mittheilungen, welche der "F. Z." angeben, hat sich die Börse Enquête-Commission, die sich am 2. November bis Anfang d. J. vertrage, auch mit dem Wallerwesen beschäftigt, insbesondere mit den Fragen, ob für die Herstellung der der der Herstellung der Courte mitwirkende Waller oder der Belehrung an den Geschäftsmännern zu jagen und deshalb auf strengere Belehrung des Verbands von Handelsgeschäften für eigene Bedeutung (Handelsgesetz Art. 69 R. 1) zu halten sei, ob namentlich mit Erfolg dem Initiativ der sogenannten Sparassen, daß der Waller die Wohlten der Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß zu gelangen, ist in allen Kreisen unseres Landes vorhanden, die nicht aus Parteizwecken einen Conflict möchten, und die Abwendung eines solchen wird wesentlich in der Hand der Regierung liegen, da dieser Stimmung so weit entgegenstehen sollte, als durch die gemeinsame Verhinderung der Wahlen nun einmal dringend geboten ist. Räumlich der Abgeordnete für Stuttgart, Dr. Kommerzienrat Siegle, vertritt mit Rücksicht den Standpunkt, daß aus den höchsten, überhaupt denkbaren Rücksichten innerer und äußerer Politik ein Compromiß erreichbar werden möge, wie er 1867 und 1874 in ähnlichen Fällen durch weise Abstimmung von beiden Seiten zu Stande gekommen ist. Eine Reichstagsausfahrt eröffnet bei uns nur dann Aussichten auf einen Sieg der zentralistischen Elemente, wenn die Regierung durch einige Enthegelungen diesen die Operationen erleichtert haben wird.

Stuttgart, 28. December. Wie der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, hat der König heute die Wahlten Ober-Sparästeine zum Statthalterbecken von Stuttgart bestätigt. — Am 22. d. W. sagt in Stuttgart der engere Landesverein der deutschen Partei und beschließt, die statutenmäßige jährliche Parteiversammlung schon am 8. Januar abzuhalten, da an diesem Tage die Reichstagsabgeordneten der Partei den Verhandlungen noch beobachten können. Am Stoff aus der gesammelten und der inneren wissenschaftlichen Politik wird es dieser Versammlung nicht fehlen. Was das Verhalten der Partei zur Militairvorlage betrifft, so hat sie sich bereits radikal geäußert, daß sie die volle Durchführung der zuletzt geäußerten Forderungen notwendigerweise demokratischer Politik wird angewandt, um die Wahlen zu verhindern. Das Verbrechen, mit der Regierung zu einem brauchbaren und befriedigenden Abschluß